

Migration: Erschreckende Zahlen

MdB Klaus-Peter Willsch: Bericht aus Berlin



„351.915 Asylanträge wurden 2023 in Deutschland gestellt, ein Anstieg von 44 % gegenüber dem Vorjahr 2022. Der Großteil von ihnen stammt aus Ländern wie Syrien, der Türkei, Afghanistan und Irak.“

Klaus-Peter Willsch (CDU) ist direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Rheingau-Taunus/Limburg

Die illegale Zuwanderung nach Deutschland erreichte 2023 neue Höhepunkte. Städte und Gemeinden sind überfüllt, die Ampel hat bei der Abweisung und Rückführung illegaler Migranten auf voller Linie versagt. 351.915 Asylanträge wurden 2023 in Deutschland gestellt, ein Anstieg von 44 % gegenüber dem Vorjahr 2022. Der Großteil von ihnen stammt aus Ländern wie Syrien, der Türkei, Afghanistan und Irak; 72 % sind männlich. Diese Zahl beinhaltet nicht einmal ukrainische Kriegsflüchtlinge, da diese keinen Asylantrag stellen müssen. Die erschreckenden Zahlen spiegeln sich auf unseren Straßen und in unseren Kommunen wider – Messergewalt und Sittenverbrechen erreichen besorgniserregende Ausmaße, in unseren Großstädten bilden sich Parallelgesellschaften und „no-go“-Bereiche, in denen die Polizei kaum noch Schutz gewähren kann. „Ultra posse nemo obligatur“, der alte Grundsatz aus dem Römischen Recht, dass niemand zu etwas verpflichtet werden kann, das außerhalb seiner Möglichkeiten liegt, wird schon seit Jahren verletzt.

Was zunächst wie eine Mischung aus Inkompetenz und Arbeitsverweigerung seitens der linken Ampel aussieht, erscheint bei genauerem Hinsehen in anderem Licht: Die Regierung weigert sich nicht nur, über 280.000 ausreisepflichtige Asylbewerber aus unserem Land abzuschicken (im vergangenen Jahr wurden lediglich 16.430 Abschiebungen vollzogen), nein, sie ist

sogar aktiv damit beschäftigt, Menschen aus Nordafrika an die südeuropäische Küste zu verschiffen. Die sogenannte „Seenotrettung“ wird mit ansehnlichen Beträgen aus dem Bundeshaushalt gefördert.

Angesichts dieser verheerenden Zustände in unserem Land stößt es mir als Christdemokrat daher besonders übel auf, wenn Politiker der Ampel versuchen, ihre fehlgeleitete Politik ausgerechnet mit christlicher Nächstenliebe zu rechtfertigen. Die Belastungen, die man der hiesigen Bevölkerung durch den unkontrollierten Zuzug von Ausländern zumutet, werden dabei völlig außer Acht gelassen! Gleichzeitig werden Asylsuchende als Antwort auf unseren Fachkräftemangel instrumentalisiert – als könne man diese Menschen wie Schachfiguren auf einer Landkarte herumschieben, um in Deutschland Probleme zu lösen. Mit Nächstenliebe hat das nichts zu tun!

Für mich scheint klar: Deutschland muss seiner völkerrechtlichen Pflicht nachkommen, Schutzbedürftigen (gemäß Artikel 16a GG) einen sogenannten „Schutz auf Zeit“ zu bieten, denn nichts anderes ist die Definition von Asyl. Das bedeutet aber auch, dass ausreisepflichtige Ausländer konsequent abgeschoben werden, die „Duldung“ von Antisemiten und Kriminellen sofort beendet wird und anstatt von Geldleistungen endlich flächendeckend auf Sachleistungen umgestiegen wird. Gemeinsam mit unserem Landrat Sandro Zehner arbeiten wir deshalb mit Hochdruck an einer Bezahlkarte für Asylbewerber im Rheingau-Taunus Kreis, die wir noch in diesem Jahr einführen werden.

Cannabislegalisierung

Das ampeldeutsche Drogenbabylon leuchtet Rot-Grün-Gelb. Während Ampeldeutschland für Wirtschaft und Bürger in einen grauen Schleier gehüllt ist, leuchtet es für die kiffende Bevölkerung in halluzinogenen Farben. Vielleicht ist dies die tiefere Bedeutung der Farbkombination Rot-Grün-Gelb. Denn allen Warnungen von Experten, aller Kritik von Jugend- und Gesundheitsverbänden zum Trotz, auch gegen den parteiübergreifenden Widerstand der Justiz- und Innenminister der Bundesländer sowie den Widerstand der Union als größter Oppositionspartei, drückte die Ampel die Cannabislegalisierung durch. Ein Irrsinn, den man kaum zu fassen vermag.

